

Nushasi 5 Krustur
ABONE
 (Posta ücreti dahil olmak üzere)
DAHİL İÇİN HARIÇ İÇİN

Aylık	Türk lirası	1.50	R. M.	5.-
Üç aylık	"	4.25	"	13.-
Altı aylık	"	8.-	"	25.-
Bir senelik	"	15.-	"	50.-

yahut mükabili.
 İdarehane
 Tekke Cadesi No. 585 ve 587.
 Telgraf adresi: Türkpost.
 Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.
 Posta Kutusu: Galata 269.

Preis der Einzelnummer: 5 Krus

BEZÜGSPREISE:

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R. M. 5.-
" 3 Monate	" 4.25	" 13.-
" 6 Monate	" 8.-	" 25.-
" 12 Monate	" 15.-	" 50.-

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:
 Tekke-Strasse Nr. 585-587.
 Drahtanschr.: Türkpost.
 Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.
 Postfach: Galata 269.

Türkische Post

5. Jahrgang Nr. 227 **Tageszeitung für den Nahen Osten** **Stambul, Die stag, 19. August 1930**

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptstz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Prosperity-Dämmerung

Wenn heute nicht der Republikaner Hoover sondern sein Gegenkandidat der Demokrat Smith im Weissen Haus sässe, so wäre das für die republikanische Partei erheblich günstiger. Mit den Schlachtruf „Prosperity“ sind die Republikaner in den Wahlkampf gezogen. Sie haben es verstanden, der Menge einzuprägen, dass Wohlstand und Herrschaft der republikanischen Partei dasselbe bedeute. Sieben fette Jahre schienen ihnen recht zu geben. Nun dämmern magere Jahre herauf. Arbeitslosigkeit und damit im Zusammenhang Ausfuhrückgang sind das Kennzeichen der Zeit auch in dem Herrgottslande, das sich in die bequeme Vorstellung eingelebt hatte: Prosperity for ever! Amtlicherseits gibt man bereits zwei Millionen Arbeitslose zu. Skeptiker schätzen die Zahl auf das Vierfache. Genaue Feststellungen sind nicht möglich, da in Amerika keine Erfassung der Arbeitslosen geschweige denn eine Arbeitslosenfürsorge besteht. Amerika macht die bittere Erfahrung, dass es nicht möglich ist, sich auf einer glücklichen Insel durch hohe Zollmauern zu isolieren, während ringsum die Not ihre Geißel über der Welt schwingt. Amerika hat sich politisch abseits stellen zu können geglaubt von dem paragrafierten Wahnsinn, den man Friedensverträge genannt hat und von den Unfriedenswirkungen dieser Verträge in dem trotz allem immer noch wichtigsten Wirtschaftskontinent Europa. Die Zerklüftung der natürlichen Wirtschaftseinheiten dieses Erdteiles, die rote Flut über Russland, durch welche ein beträchtlicher und entwicklungsfähiger Teil der Erdbevölkerung einfach aus der Entwicklung ausgeschaltet wird, die Kriegsauswirkungen auf China, alles das hat Amerika ein Jahrzehnt lang immer nur unter dem Gesichtspunkt der Augenschmuckgeschäfte, nie als Wirtschaftsfeld auf weite Sicht interessiert. Nun kann die Welt nicht genug Automobile, Weizen, Mais und Äpfel aus den Vereinigten Staaten mehr aufnehmen, um die ungeheure Produktionsmaschine in Gang zu halten. Amerika erfährt, daß die Aufspeicherung von immer neuen Kapitalien in den Safes der Wallstreet nicht Endzweck wahren Wohlstandes sein kann, sondern die Hebung der allgemeinen Kaufkraft in der Welt oder wie Owen Young es kürzlich auf einem Kongress der Elektrizitätsfachleute in San Francisco ausgedrückt hat, die Methode, seinen Käufer abnahmewillig zu machen, ihn bei guter Laune zu erhalten, ihm Kredit einzuräumen und sogar seine Waren abzunehmen. Owen Young hat die ausseramerikanischen Verhältnisse genau studiert, als er seinen neuen Zahlungsplan vorbereitete. Als Sachkenner fragt er daher: „Erzeugen wir Wohlwollen oder Uebelwollen? Nehmen wir einen Anteil an anderer Wohlergehen? An ihrer Lebenshaltung? Geben wir ihnen Kredit? Arbeiten wir mit ihnen politisch zusammen, um ihre Lage zu bessern? Das amerikanische Volk – und vor allem der Farmer mit seinem Ueberschuss und der Lohnempfänger mit seiner Arbeitslosigkeit – muss lernen, dass die Lösung seiner Probleme nicht in einer ängstlichen Abschliessung Amerikas vom Rest der Welt liegt, sondern in der Verbreiterung unserer Interessen, in der Erweiterung unserer Hilfe, der Entwicklung unserer Kreditmaschinerie, der Besserung der Wirtschaftslage anderer Völker, auf das diese kaufen können, was wir unbedingt verkaufen müssen. Die Feinde, die einer raschen Verwirklichung dieser Ziele im Wege stehen, sind politische wie wirtschaftliche Engherzigkeit; die Neigung, andere Völker mehr als unsere Wirtschaftsgegner statt als unsere Freunde zu behandeln. Politische Abgeschlossenheit und Ausschluss anderer durch unseren Tarif bedeuten, dass wir zur Strafe für unsere eigene Kleinlichkeit auf unsern Ueberschüssen sitzenbleiben, die unsre eigene Prosperität vernichten. Ob das Volk, ob vor allem die massgebenden Kreise der Wirtschaft und Politik auf diesen Bussprediger hören werden? Es ist die leidige Tatsache der wirtschaftlichen Völkersolidarität, gegen die Amerika gefehelt hat. Nun spürt man diese Solidarität nicht nur als sittliche sondern auch als wirtschaftliche Forderung.“

Ruhe im Osten.

an der Ostgrenze herrscht überall vollständige Ruhe. Auch an der Südgrenze gegenüber Syrien sind keine neuen Ereignisse eingetreten. Die in der Gegend vor Sorudsch eingedrungenen Banden wurden von der Gendarmerie scharf verfolgt und über die Grenze zurückgetrieben.

Zur Beantwortung von an uns gestellten Anfragen erwähnen wir nochmals, dass die am 20. Juli von uns wiedergegebene Meldung eines Stambuler Abendblattes über den Einmarsch türkischer Truppen nach Persien nicht den Tatsachen entsprach, was auch sofort vom Anatolischen Nachrichtendienst demontiert wurde (T. P. v. 22. Juli).

Tewfik Rüşdi Bey.
 Der Aussenminister Tewfik Rüşdi Bey wird heute, spätestens morgen in Jawala erwartet. Der Innenminister Schükrü Kajin Bey wird voraussichtlich gleichzeitig mit dem Aussenminister in Jawala eintreffen.

Beim Aussenminister.
 Der persische Geschäftsträger Mechemed Said Chan hat gestern den Aussenminister aufgesucht und ihm die Antwort der persischen Regierung mündlich erläutert.

Hüsref Bey trifft heute hier ein.
 Ankara, 18. August (A.A.)
 Der neue türkische Botschafter in Teheran Hüsref Bey ist heute mit dem Express von hier abgereist und wird morgen in Stambul eintreffen. Die Minister für Aussenere und Nationale Verteidigung sowie der russische Botschafter geleiteten Hüsref Bey zur Bahn.

Bei Fethi Bey.
 Im Parteilokal der neuen Republikanisch-Liberalen Partei im Nasli Han in Galata fand gestern eine Vorstandssitzung der Partei statt, an welcher ausser Fethi Bey und seinen engeren Mitarbeitern auch die Schwesster des Staatspräsidenten, Makbule Hanım, teilnahm. Im Anschluss an die Sitzung empfing Fethi Bey eine grosse Anzahl bekannter Persönlichkeiten wie den Stadtkommandanten von Ankara Demir Ali Bey, die früheren Abgeordneten Ismail Sidki Bey (Aidin), Fezi Bey (Diarbekir), Rasih Bey (Mossul), Nuhsade Wasfi Bey (Bolu), das bekannte frühere Mitglied des Stambuler Gemeinderates Sija Molla Bey und Hadschi Mehmet Bey.
 Am Abend ist Fethi Bey nach Jawala abgereist, wohin ihm heute die übrigen Mitglieder des Vorstandes seiner Partei folgen werden.

Um Saradschoglu Schükrü Bey.
 Die Nachricht über die Entsendung des Finanzministers Saradschoglu Schükrü Bey auf den Botschafterposten nach Paris hat noch keine Bestätigung erfahren. Im Falle seiner Entsendung soll das Finanzministerium, wie gerüchtes verlautet, entweder vom Kriegsminister Abdul Halik oder vom Ministerpräsidenten selbst übernommen werden.

Die englischen Kriegsschiffe.
 Das englische Geschwader, das die Schwarzmeerküsten von Rumänien und Bulgarien anzulaufen beabsichtigt, ist gestern im Hafen von Stambul eingelaufen. Das Geschwader besteht aus dem Kreuzer Curacao (4200 t) und den Zerstörern Ardent und Antilope (je 1300 t). Der Kommandant des Geschwaders, Admiral Davies, hat gestern vormittag seinen Besuch abgestattet. In der englischen Botschaft fand zu Ehren der Gäste ein Frühstück statt.
 Nachmittags haben der Wali und der Kommandant des III. Armeekorps den Besuch des englischen Geschwaderkommandanten erwidert.
 Gegen Abend hat das britische Geschwader die Weiterfahrt nach Konstantza angetreten.

4 Todesurteile gegen Spekulanten in Russland.
 Moskau, 18. August (A.A.)
 Der Prozess gegen die Spekulanten mit russischem Silbergeld ist heute beendet worden. Von den Angeklagten wurden 4 zum Tode, die übrigen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Ein Zwischenfall in Aleppo.

Die „Son Posta“ erfährt aus Aleppo: Der militärische Sachverständige der türkischen Delegation bei der türkisch-französischen Grenzkommission sass allein in einem Lokal in Aleppo. Er hatte seine Mütze vor sich auf den Tisch gelegt. Ein französischer Offizier tanzte mit einer Dame und warf beim Vorbeikommen an dem Tisch die Mütze zu Boden. Der Türke nahm an, dass dies aus Versehen geschehen sei, hob die Mütze auf, reinigte sie und legte sie wieder vor sich auf den Tisch. Als der Franzose wieder am Tisch vorbeikam, wurde die Mütze abermals heruntergeworfen. Es entstand darauf ein Wortwechsel, in dem der Türke den Franzosen aufforderte, sich zu entschuldigen, was abgelehnt wurde. Die anderen Besucher des Lokals riefen schliesslich die Kommandantur an, worauf der Kommandant, ein französischer Oberst, selbst erschien. Der Oberst entschuldigte sich bei dem Türken im Namen des Franzosen, wodurch der Zwischenfall beigelegt wurde.

Eigenartiger Zeitungskrieg in Sofia.

Sofia, 16. August.
 In den letzten Wochen ist die Zeitung „Pladne“, die der Bauernpartei nahesteht, auf ein ungewöhnliches Mittel verfallen, ihren Feinden aus der Regierungspartei Demokratischeski Sgovor Ungelegenheiten zu bereiten. Im bulgarischen Pressekampf reicht wohl die Sprache nicht mehr aus, um dem Gegner die Meinung zu sagen und so veröffentlicht „Pladne“ in ununterbrochener Folge Photographien von Häusern angesehener Parteileute des Sgovor, ja auch die Ministerhäuser. Als Motto für diese Veröffentlichungen dient der Wahlspruch der Stadt Sofia „Wachse und werde schöner“. Eine Reihe schöner Häuser ist schon in „Pladne“ abgebildet worden, darunter die Villen mehrerer Minister, Abgeordneter, Redakteure, Staats- und Stadtbeamter. Es wäre nichts weiter dabei, wenn nicht unter jedem Bilde die kurze Notiz stünde: „Erbaut nach dem 9. Juni 1923!“ Für die Leserschaft war es klar, dass „Pladne“ damit die Tatsache treffen wollte, dass die glücklichen Hausbesitzer, die heutigen Regierungsgrößen, sich ihre Häuser nach dem Umsturz vom 9. Juni 1923 erbaut haben. Obwohl die Zeitung, die sich der Deutlichkeit dieses Verfahrens bewusst war, keinerlei weitere Bemerkungen zu den Neubauten gemacht hat, ist nun der „Slov“, ein Regierungsblatt, aufgetreten und hat die Bauherren des Sgovor in heftiger und ungeschickter Weise verurteilt und so der Oppositionszeitung Anlass gegeben, ganz deutlich zu werden. Dazu hat noch der Polizeipräsident von Sofia an die Schutzmannschaft Weisung erteilt, in Zukunft das Photographieren von Häusern der Regierungshänger zu verhindern. Wenn auch „Slov“ die Behauptung „Pladnes“, die Sgovorleute hätten sich in den sieben Jahren ihrer Regierungszeit auf Bauplätzen der öffentlichen Hand mit weitgehenden Krediten und guten Bedingungen Häuser gebaut, nicht entkräften konnte, so hat die Regierungspartei doch eine Stelle gefunden, wo sie „einhalten“ kann. Ohne grosse Worte bringt nun eine Regierungszeitung eine Karikatur, darstellend die „Villa Pladne“ in Form eines dicken Geldsackes, der das Staatswappen Südslawiens trägt. Bekanntlich wird dem Bauernbund im allgemeinen und der Zeitung „Pladne“ im Besonderen vorgeworfen, dass sie mit Südslawien gemeinsame Sache machen, um ihrer Politik zum Erfolg zu verhelfen und mehr als einmal ist die Behauptung aufgestellt worden, „Pladne“ arbeite mit serbischem Gelde.

Litauische Flugzeuge über Moskau.

Moskau, 18. August.
 In Moskau trafen heute drei litauische Kampfflugzeuge ein, die den im Vorjahr von der russischen Ostseeflotte in Memel abgestatteten Besuch erwidern sollen. Die russische Presse feiert aus diesem Anlass die zehnjährige russisch-litauische Freundschaft.

Opfer der Hitze.

In Adana starb eine 46 jährige Frau an Hitzschlag.

Sechs Millionen Arbeitslose in Europa.

Berlin, 16. August.
 Nichts kann die Katastrophe, der die Weltwirtschaft entgegengetrieben, und ihre augenblicklich mehr als besorgniserregende Lage besser veranschaulichen, als die Arbeitslosenzahlen. Bisher hat jeder Sommer noch ein Sinken der Zahl der Beschäftigungslosen aufgezeigt, in diesem Jahre ist es das erste Mal anders. Die Zahl der Arbeitslosen ist nicht nur nicht zurückgegangen, der Arbeitsmangel ist um ein ganz Bedeutendes gestiegen.

Aus allen Ländern werden alarmierende Millionenziffern gemeldet. An der Spitze der europäischen Länder steht mit 2 641 000 das Deutsche Reich. England hat in der vorigen Woche die zweitemillion und etliche 20 000 überstiegen. In weitem Abstand folgen dann Italien mit etwa 370 000, Dänemark mit 282 000 Polen mit 271 000. Das kleine Oesterreich hat mit seinen 6 Millionen Einwohnern 163 000 Beschäftigungslose. Als verhältnismässig günstig ist die Arbeitsmarktlage in der Tschechoslowakei zu bezeichnen, wo es nur 50 000 Unterstellungsempfänger gibt. Am besten schneiden Schweden mit 42 000 und Holland mit 28 000 ab, wenn man von Frankreich absieht, das nicht nur keine Arbeitslosen hat, sondern auf die Einwanderung von Arbeitern aus anderen Ländern angewiesen ist, damit es in der Bauindustrie z. B. die notwendigsten Arbeiten durchführen kann.

Europa hat also hart an 6 Millionen Arbeitslose, d. h. das 1/2 v. H. seiner Gesamtbevölkerung „brotlos“ sind. Die Errechnung der Zahlen begegnet natürlich grossen Schwierigkeiten, denn heute noch hängt die Zahl der Unterstellungsempfänger vielfach von der Art und der Höhe der Unterstützung ab, d. h. dass man fast durchwegs in allen Ländern mehr Arbeitslose findet, als unterstützt werden und daher in den amtlichen Aufstellungen verzeichnet werden.

Die Hauptursache dieses besorgniserregenden Anschwellens der Arbeitslosenzahl, vor allem die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland, ist in erster Linie auf die Erhöhung des hundertstammigen Anteils der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung zurückzuführen. Die Zahl der in der Industrie und Handel Tätigen hat sich im Reich in den letzten 50 Jahren um 150 v. H. vermehrt, die der in der Landwirtschaft Tätigen dagegen nur um 40 v. H. In den letzten 50 Jahren ist die landwirtschaftliche Bevölkerung um 1,5 Millionen zurückgegangen. Das Abwandern der Landbevölkerung in die Städte beeinflusst natürlich stark die Zahl jener, die Handel und Industrie ernährt. Diese Ziffer weist ein Aufsteigen von 24 auf 48 Millionen auf. Die fortschreitende Rationalisierung kann man nicht so sehr als Grund für das Anschwellen der Arbeitslosenziffern heranziehen. Den Beweis dafür liefert England. Die dort heiss umkämpfte Rationalisierung, der soviel Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, daß sie nur sehr vorsichtig und schleichend verwirklicht werden kann, kann den Arbeitsmarkt nicht sonderlich entlasten, das beweist die hohe Arbeitslosenziffer, für die hier natürlich aussergewöhnliche, in der Struktur Grossbritanniens begründete Momente in die Berechnung gezogen werden müssen.

Im Verhältnis recht gering sind dagegen die an sich hohen Zahlen der Arbeitslosigkeit in anderen Kontinenten. Amerika unterstützt 2 298 500 Arbeitslose, Japan 350 000.

Der polnische Druck in Oberschlesien.

Breslau, 18. August.
 In Polnisch-Oberschlesien ist heute wieder eine deutsche Minderheiten-Schule geschlossen worden. Die polnischen Behörden begründen ihr Vorgehen mit der Behauptung, dass im neuen Schuljahr nicht mehr die erforderliche Zahl deutscher Schulkinder zusammengebracht werden könne. Sie stellen den Eltern deutscher Kinder anheim, aus eigenen Mitteln eine Privatschule zu gründen, erklären aber gleichzeitig, dass die polnischen Unterrichtskassen keinen Zuschuss leisten würden.

Aus Deutschland.

Deutschland-Finnland.
 Helsingfors, 18. August.
 Hier ist heute Ministerialdirektor Ritter vom deutschen Auswärtigen Amt eingetroffen, um mit der finnischen Regierung über die künftige Gestaltung der deutsch-finnischen Handelsbeziehungen zu verhandeln.

Schweres Verkehrsunfall in Lothringen.
 Berlin, 18. August.
 Im lothringischen Bergwerksgebiet geschah heute unmittelbar an der saarländischen Grenze ein schweres Verkehrsunfall. Ein mit saarländischen Arbeitern besetzter Personenzug rannte auf einen Güterzug auf. Der erste Wagen des Arbeiterzuges wurde vollkommen zertrümmert; es werden 4 Tote, 15 Schwer- und 27 Leichtverletzte gemeldet.

Ueberfall auf einen Grenzzollbeamten.
 Weissenburg, 17. August (A.A.)
 In Niederlautern wurde ein Grenzzollbeamter von einem Unbekannten durch einen Revolvererschuss an der Hand und am Fuss verletzt, als er von ihm die Ausreisepapiere verlangte. Darauf ergriff der Täter die Flucht und floh über die Grenze nach der Pfalz.

Verfassungsänderung in Aegypten?
 London, 18. August (A.A.)
 Wie die „Morning Post“ berichtet, beabsichtigt Fuat Sitti Pascha bedeutende Änderungen der ägyptischen Verfassung. Die Gesamtzahl der Abgeordneten soll auf 100 ermässigt werden, von denen der dritte Teil von der Regierung ernannt sein soll.

Der mandschurische Diktator gestorben?
 London, 18. August (A.A.)
 Nach hier aus Peking einlaufenden, bisher noch unbestätigten Meldungen soll der Sohn des Marschalls Tschangsolin, der mandschurische Diktator Tschang Hsüeh Liang, einem Herzschlag erlegen sein.

Daszynski gegen Pilsudski.
 Warschau, 18. August.
 Anlässlich einer Denkmalsenthüllung in Krakau hielt heute der Präsident des polnischen Parlaments, der Sozialist Daszynski, eine scharfe Rede gegen Pilsudski. Daszynski erklärte, das heutige Polen sei ein undemokratischer Gewaltstaat, und es sei höchste Zeit, dass man wieder zu normalen Verhältnissen zurückkehre.

Grosse Wirtschaftsschäden in Tschangtscha.
 London, 16. August.
 Nach den letzten an massgebender Stelle in London vorliegenden amtlichen Berichten aus China ist der durch die Kämpfe um Tschangtscha in den letzten 14 Tagen angerichtete Schaden auch für die britische Kolonie und namentlich auch für den Handel sehr beträchtlich. Insbesondere sind die Zerstörungen durch die kommunistischen Bomben grösser, als zuerst in London angenommen wurde. Einige der in englischem Besitz befindlichen Gebäude in Tschangtscha sind schwer beschädigt, die Einrichtungen fast völlig zerstört. Die Frage einer ausreichenden Entschädigung wird, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ feststellt, auch in diesem Falle erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Die britischen Konsularbeamten haben eine zweite schwierige Aufgabe in der Befreiung der vor einiger Zeit durch Banditen verschleppten britischen Missionarinnen zu lösen, deren Schicksal trotz energischer Vorstellungen in Nanking noch völlig unbekannt ist. Die chinesische Regierung hat die Entsendung von 500 Soldaten angeordnet. Ueber das Ergebnis dieser Strafexpedition ist noch nichts Bestimmtes bekannt geworden.

Kaiser Franz Joseph und Deutschland.

Von Ministerialrat a. D. Prof. Dr. Heinrich Kretschmayr Wien.

Die Betrachtungen zur hundertsten Wiederkehr des Geburtstages des Kaisers Franz Joseph würden die geschichtliche Bedeutung der Gestalt nicht voll erfassen, wenn sie nur den Problemen des untergegangenen österreichischen Grossreiches und der Frage nach dem Masse der Verantwortung, die der Verewigte dabei trägt, zugewendet blieben und nicht auch des Verhältnisses des Kaisers zu Deutschland und zu dem deutschen Volke gedächten. Die grosse politische und geistige Bewegung der mitteleuropäischen Revolution, in die im Dezember 1848 der Achtzehnjährige eintrat, berührte nicht Deutschland und das deutsche Volk allein, vollzog sich aber doch vornehmlich im Schatten der deutschen Geschichte. Die erste Herrscherfrage, die Franz Joseph gestellt war, ging nicht nur nach der Bewahrung der Einheitlichkeit seiner dynastisch übernommenen Lande, sondern ebenso sehr nach einem Ausgleich des österreichischen Kaisergedankens der vielen Nationen und vielen Kulturen mit dem nationalen deutschen. Von den drei Revolutionsprogrammen einer Neugestaltung Deutschlands, dem kleindeutschen der Einrichtung eines ausserösterreichischen Deutschland mit Preussen an der Spitze, dem grossdeutschen der Einbeziehung auch Oesterreichs, aber nur mit seinen deutschen Bundesländern in Deutschland und dem „schwarz-gelben“ einer Verbindung Gesamtösterreichs mit Deutschland zu einem mitteleuropäisch-deutschen „Siebzigmillionenreich“ konnte Franz Joseph nur das letzte ebenso an das römisch-deutsche Kaisertum seiner Ahnen gemahnende wie die Einheitlichkeit seiner Erblande wahrende nach dem Sinne sein. In ihm lebte nicht das deutschnationale Empfinden jener Jahre, sondern das universalistische, im gewissen Sinne übernationalistische des alten Kaisertums, das es als unverlierbare Tradition im Herzen trug.

Allerdings, das Siebzigmillionenreich schien sich ebenso wenig verwirklichen zu lassen wie ein klein- oder grossdeutsches Programm. Wenn von den drei Weltstellungen des Hauses Oesterreich in Deutschland, Italien und an der Donau dem Kaiser nach dem Beispiel der Ahnen die erste die liebenswerteste war und ihm die Einheitlichkeit seiner Lande nicht allein um ihrer selbst, sondern auch um der besser auszubildenden Obermacht in Deutschland willen kostbar erschien, so sind die zehn Jahre nach der Revolution doch von der deutschen Frage gleichsam nur durchspielt und von Fragen der Orientpolitik, wie sie im Krimkriege gipfelte und zum italienischen Kriege von 1859 und zum Teilverlust Italiens durch Oesterreich führten, beherrscht worden. Die deutsche Frage begleitete alle diese Ereignisse, sie offenbarte sich in den Versuchen Oesterreichs, in den deutschen Zollevereinen zu gelangen, und in seinem Streben, Oesterreich, Preussen und den deutschen Bund als Gesamtheit aussenpolitisch aufzutreten zu lassen, aber erst nach dem Frieden von Villafranca vom Jahre 1860 her, stellte sie sich wieder in vollem Ernste ein. Der deutsche Nationalismus verlangte neuerlich nach der Lösung der Frage der deutschen Einheit, und Franz Joseph, der mit gutem Grunde auf das Denkmal des Erzherzogs Karl den Ehrentitel eines „baharlichen Kämpfers für Deutschlands Ehre“ setzen liess, tat dabei den ersten Schritt.

Von wem immer der Gedanke des Fürstentages von Frankfurt am Main im Jahre 1863 ausgedacht worden sein mag, Franz Joseph, bei aller Verstandeskühle und herben Abgeschlossenheit in beweglichen Stunden romantischen Empfindungen nicht fremd, sah in diesem Versuche, durch die Dynastien unternehmen zu lassen, was 1848 die Frankfurter Nationalversammlung nicht hatte fertig bringen können, einen Weg zur Wieder-